No. 49159

—
**Germany
and
Uruguay**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Eastern Republic of Uruguay concerning the gainful employment of family members of members of a diplomatic mission or consular post. Berlin, 18 October 2011

Entry into force: *18 October 2011 by signature, in accordance with article 7*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 15 December 2011*

—
**Allemagne
et
Uruguay**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République orientale de l'Uruguay relatif à l'emploi rémunéré des membres de la famille des membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires. Berlin, 18 octobre 2011

Entrée en vigueur : *18 octobre 2011 par signature, conformément à l'article 7*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 15 décembre 2011*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Republik Östlich des Uruguay

über

die Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen von Mitgliedern einer

diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Östlich des Uruguay –

von dem Wunsch geleitet, die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen von Mitgliedern einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung zu verbessern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens

1. bezeichnet der Ausdruck „Mitglied einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung“ entsandte Beschäftigte des Entsendestaats in einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung oder einer Vertretung bei einer internationalen Organisation im Empfangsstaat;
2. bezeichnet der Ausdruck „Familienangehöriger“ den Ehepartner, Lebenspartner oder mit dem Bediensteten in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebenden Partner, im Einklang mit den Gesetzen des Entsendestaats sowie ledige Kinder bis zum Alter von 25 Jahren, auch wenn sie im Empfangsstaat an einer Hochschule studieren, und ledige Kinder mit körperlicher oder geistiger Behinderung, die im Empfangsstaat in ständiger häuslicher Gemeinschaft mit dem Mitglied der diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung leben;
3. bezeichnet der Ausdruck „Erwerbstätigkeit“ jede selbstständige oder unselbstständige Berufstätigkeit einschließlich der Berufsausbildung.

Artikel 2

Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit

(1) Den Familienangehörigen wird auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gestattet, im Empfangsstaat eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Ungeachtet der Erlaubnis der Erwerbstätigkeit nach diesem Abkommen finden die im Empfangsstaat geltenden berufsspezifischen Rechtsvorschriften Anwendung. Die betreffenden Personen sind in der Bundesrepublik Deutschland auch bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. In der Republik Östlich des Uruguay gegebenenfalls erforderliche Aufenthaltsgenehmigungen werden erteilt.

(2) In Ausnahmefällen ist den Familienangehörigen nach Beendigung der dienstlichen Tätigkeit des Mitglieds der diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung im Empfangsstaat die befristete Fortführung der Erwerbstätigkeit für einen Zeitraum von drei Monaten oder bis zur Beendigung des akademischen Jahres, sofern es sich um ein Kind unter 25 Jahren handelt, das an einer Hochschule studiert, ohne den Besitz eines Aufenthaltstitels oder einer Arbeitserlaubnis (EU) erlaubt.

(3) Diese Vereinbarung beinhaltet keine Anerkennung von Titeln, Abschlüssen oder Studienleistungen zwischen den beiden Ländern.

Artikel 3

Verfahren

Die diplomatische Vertretung des Entsendestaats notifiziert dem Außenministerium des Empfangsstaats Aufnahme und Ende der Erwerbstätigkeit des Familienangehörigen.

Artikel 4

Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

Genießen Familienangehörige nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder anderen anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaats, so gilt diese

Immunität nicht für Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Artikel 5

Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

- (1) Genießt ein Familienangehöriger im Einklang mit dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder mit jedweder anderen anwendbaren internationalen Übereinkunft Immunität von der Strafgerichtsbarkeit im Empfangsstaat, prüft der Entsendestaat eingehend den Verzicht auf die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des Familienangehörigen, der beschuldigt wird, in Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit eine Straftat begangen zu haben. Der Verzicht auf die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit erfolgt schriftlich.
- (2) Für die Strafvollstreckung wird auf Artikel 32 Absatz 4 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen verwiesen.
- (3) Verzichtet der Entsendestaat nicht auf die Immunität des betreffenden Familienangehörigen, so wird er begangene Straftaten seinen Strafverfolgungsbehörden unterbreiten. Der Empfangsstaat ist über den Ausgang des Strafverfahrens zu unterrichten.
- (4) Wird gegen den Familienangehörigen wegen des Begehens einer Straftat ein Verfahren eingeleitet, kann er im Empfangsstaat keine entgeltliche Tätigkeit mehr ausüben.
- (5) Der Familienangehörige kann im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit als Zeuge vernommen werden, es sei denn, der Entsendestaat ist der Auffassung, dass dieses seinen Interessen zuwiderliefe.